

"Carlo Azeglio Ciampi: Zuerst muss die Vertiefung kommen" in Frankfurter Allgemeine Zeitung (8. Februar 2000)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 08.02.2000, n° 32. Frankfurt/Main.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL:

[http://www.cvce.eu/obj/"carlo_azeglio_ciampi_zuerst_muss_die_vertiefung_kommen"_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_8_februar_2000-de-85e7118a-279f-477e-9f8b-5237e3f240b1.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Zuerst muss die Vertiefung kommen

Zukunftspläne für die Europäische Union/Von Staatspräsident Carlo Ciampi

Ein freies und vereintes Europa aufzubauen, das Fortschritt mit Gerechtigkeit verbindet, gleichzeitig den Konstruktionsprinzipien der Demokratie und der Gleichheit vor dem Gesetz folgt, das scheint eine endlose Aufgabe zu sein. Meine Generation hat versucht, ihren Teil dazu beizutragen, und dabei Ideale rehabilitiert, die zeitweise verraten worden waren. Nun ist es an anderen, das begonnene Werk weiterzuführen. Wir haben Werte zurückgewonnen, die in Gefahr waren, verloren zu gehen. Die Generation, zu der ich gehöre, vergisst nicht die Schrecken, die sie durchlebt hat. Unser Leben war daher den Bemühungen gewidmet, eine Wiederholung des Schrecklichen zu verhindern, dem wir selbst entkommen sind: durch Errichtung eines Gebäudes der Einheit zwischen den freien Nationen Europas.

Auf dem langen Weg in Richtung Währungsunion wurde der Vertrag von Maastricht geschlossen. Italien hatte sich entschlossen, der Währungsunion von Anfang an anzugehören. Diese Entscheidung war für unser Land besonders schwer, weil sie nicht nur in einem Akt politischer Willensbildung bestand, sondern auch Maßnahmen und Verhaltensweisen erforderte, von denen die gesamte Gesellschaft betroffen war. Nur damit war es dann möglich, Wirtschaft und Staatsfinanzen im notwendigen Maß zu sanieren.

Nun wird die gemeinsame Verantwortung für die europäische Währung auch eine gemeinsame Entscheidungsinstanz für die europäische Wirtschaft hervorbringen. Es ist undenkbar, eine Europäische Zentralbank zu haben, aber nicht auch eine gemeinsame Führung für die europäische Wirtschaft. Wenn es kein Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank in der Wirtschaftspolitik gibt, bleibt es bei der unvollkommenen Konstruktion, die wir heute haben. Wir wissen, dass wir diesen Mangel beheben müssen. Aber dennoch gilt, auch wenn das Gebäude noch unvollendet ist: Die Währungsunion ist schon Teil der übernationalen Verfassung. Elf Länder haben, mit Zustimmung ihrer Bürger, ein Teil ihrer Souveränität aufgegeben in dem so wichtigen Feld der Kontrolle über die Währung.

Es ist unsere Aufgabe für die Zukunft, mit geeigneten Mitteln für die Verlagerung traditioneller Elemente nationaler Souveränität auf die europäische Ebene zu werben. Dabei steht die Europäische Union heute vor zwei schwierigen Aufgaben: der Vertiefung und der Erweiterung. Man darf die beiden Aufgaben nicht als Alternative sehen; sie ergänzen sich vielmehr gegenseitig. Was sich abzeichnet, ist ein großes Projekt eines Europa konzentrischer Kreise, die durch viele Gemeinsamkeiten der Tradition und Identität zusammengehalten werden. Im inneren Kreis finden wir eine Union, die es als Aufgabe ansieht, sich immer neue Ziele und Inhalte zu setzen. Um den Kern herum erstrecken sich die Gebiete der europäischen Länder, die vom kommunistischen Herrschaftssystem in eine Sackgasse geführt worden waren.

Von der Erbschaft der Vergangenheit bis hin zu dem, was in den vergangenen fünfzig Jahren erreicht wurde, weist uns alles in eine Richtung: Im Zentrum unserer Vision von der Zukunft steht die europäische Verfassung. Dieses Ziel entspricht einer Tradition der italienischen Politik. Dabei ist die Europäische Charta der Menschenrechte, die die wesentlichen Rechte der europäischen Staatsbürger definiert, ein entscheidender Referenzpunkt.

Wenn die Erweiterung der EU in Angriff genommen wird, ohne dass es zuvor zu einer Vertiefung der Union gekommen wäre, riskiert man, dass das vereinte Europa, das wir wollen, nicht mehr entstehen kann. Es ist daher die Pflicht der Länder, die der EU schon angehören, die Idee der Supranationalität zu fördern, Fortschritte bei der Weiterentwicklung der Regeln zu erzielen, damit die europäischen Institutionen gestärkt und funktionsfähig werden. Denn mit sechs Mitgliedern konnte man noch einstimmig entscheiden, mit fünfzehn schon nicht mehr, mit 25 wird dies praktisch unmöglich. Heute schon leidet die Entscheidungsfähigkeit der EU darunter, dass den früheren Erweiterungen keine echten institutionellen Reformen vorausgegangen waren. Eingeführt werden müssten Mehrheitsabstimmungen sowie das Prinzip der gemeinsamen Entscheidung von Ministerrat und Parlament.

Es kommt nicht darauf an, sich mit rigiden Begriffen wie "Bundesstaat" oder "Staatenbund" aufzuhalten. Neue Kombinationen beider Modelle sind denkbar, wenn es darum geht, Europa eine Verfassung zu geben,

gleichzeitig mehr Effizienz und demokratische Repräsentation zu erreichen und das Gleichgewicht von Kommission, Ministerrat und Parlament zu verbessern. Zur Vertiefung der EU machte Bundespräsident Rau im vergangenen November einen Vorschlag, den ich rundherum teile: "eine kurze und verständliche Verfassung, die den Völkern die Ziele und die Struktur der Föderation erklärt".

Auf dem am weitesten fortgeschrittenen Feld der europäischen Einigung, der Wirtschaftspolitik, nähern wir uns bereits dem institutionellen Entscheidungssystem eines Einheitsstaates an. Um das bisher Erreichte nicht aufs Spiel zu setzen, muss auf diesem Feld auch eine weitergehende Integration den Ländern erlaubt sein, die dies wollen und dazu in der Lage sind - ähnlich wie bei der Währungsunion.

Auf jeden Fall ist es notwendig, dass in diesem Jahr die Regierungskonferenz die notwendigen Veränderungen zustande bringt. Wir können uns nicht mit minimalen Veränderungen begnügen, die das Werk der Einigung unvollständig lassen oder sogar beeinträchtigen.

Aber die Aufgabe, die zuerst bewältigt werden muss, die Vertiefung, darf dennoch nicht die Erweiterung in die ferne Zukunft hinausschieben. Die formellen Verpflichtungen, noch mehr die moralischen, erlauben es nicht, den Beitrittskandidaten zu sagen: "Wir sehen uns in einigen Jahren wieder." Die Ausdehnung der Grenzen der EU ist eine Herausforderung und eine Gelegenheit, die nicht verpasst werden dürfen. Aber die neuen Bewerber müssen sich auch der Tatsache bewusst sein, dass die Europäische Union von heute sich verändert und - bei allem Respekt für die einzelnen Nationen - in Richtung einer supranationalen Einheit entwickelt. Die Kandidaten für die Aufnahme in die Union müssen wissen, dass von ihnen nicht nur verlangt wird, die sich neu entwickelnden Regeln in der Gemeinschaft zu akzeptieren, sondern auch weiter gehende Entwicklungen, die auch jenseits der Währung Kompetenzen auf die supranationale Ebene verlagern.

Dabei geht es nicht nur um Außenpolitik und Verteidigung, sondern auch um die Felder Bürgerrechte, Sicherheit und Rechtsprechung, die sich schon jetzt in den Terminkalendern der Verhandlungen der Jahre 2000 bis 2004 finden.

Das wichtigste Ziel der Einigung und der Erweiterung bleibt letzten Endes der Frieden in Europa, nicht allein im Sinne der Verteidigung der Außengrenzen, sondern als Garantie für ein friedliches Zusammenleben zwischen den europäischen Völkern. Dabei ist die Krise auf dem Balkan für alle eine bittere Lektion gewesen. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass nicht alle Staaten, die in die EU aufgenommen werden wollen, auch das derzeitige oder künftige Maß von supranationaler, europäischer Kompetenz akzeptieren wollen. Deshalb muss den Ländern, die nicht in absehbarer Zeit in den Hafen der Union einlaufen können, eine sichere Verankerung geboten werden.

Die noch unvollendete Europäische Union kann den Rest der Welt vieles lehren. Sie beweist, wie die Übertragung von Macht an supranationale Institutionen zum Instrument der Kooperation und des Friedens werden kann. Sie kann auch einen Weg zur Stärkung der internationalen Institutionen aufzeigen.

Der Beginn des letzten, gerade vollendeten Jahrhunderts sah Europa den Verstand verlieren und einen Weg einschlagen, der zu zwei Weltkriegen führte. Zu Beginn des neuen Jahrhunderts hat das europäische Friedenswerk nach und nach Früchte getragen: Das Europa, von dem unsere Väter träumten, ist Wirklichkeit und Tatsache geworden, geschaffen durch die Verträge von Rom, Maastricht und Amsterdam.